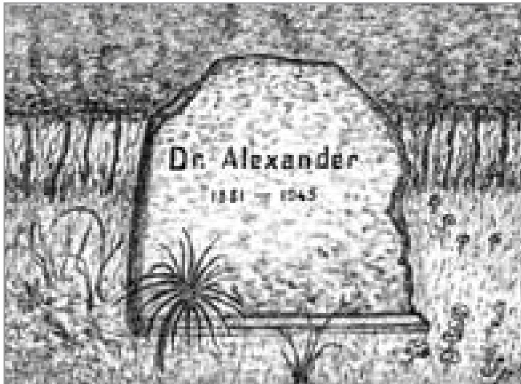
„Abwahl“ eines roten Kommunalpolitikers

Wie man Boizenburgs KPD-Bürgermeister 1931 sein Mandat entriß

Das hatte Boizenburg noch nicht gesehen: Am 9. September 1931 bewegte sich ein zwei Kilometer langer Zug von Kommunisten, Sozialdemokraten, Jungkommunisten, Gewerkschaftern und vielen Boizenburgern unter roten Fahnen vom vor der Stadt liegenden Bahnhof an der Strecke Berlin–Hamburg zum Schützenhaus am Elbhafen. An der Spitze marschierte Dr. Eduard Alexander, Rechtsanwalt in Berlin, Mitglied der KPD. Er war am 30. August 1931 zum Bürgermeister von Boizenburg gewählt worden. Die Vorgeschichte: 1931 lief die Amtszeit des Boizenburger Bürgermeisters ab. Die KPD-Fraktion im Stadtparlament hatte den Beschluß erwirkt, daß der neue Bürgermeister direkt zu wählen sei. Weil die Boizenburger Genossen keinen geeigneten Kandidaten sahen, schickten sie den langjährigen KPD-Stadtrat Hermann Moldenhauer zum ZK nach Berlin, um von dort entsprechende Hilfe zu erbitten.



Grafik: Siegfried Spantig

Da sie einen guten Draht zu Heinrich Rau, der die Abteilung Land leitete, besaßen, kam die Sache schnell in die Gänge. Und Genosse Alexander gewann in seinen Reden immer mehr Boizenburger für sich. „Es dürfen kein Zweifel und kein Mißverständnis aufkommen, es ist ein kommunistisches Programm, das ich Ihnen unterbreite. Wir Kommunisten pflegen nicht, wie andere, uns vor der Wahl mit radikalen Worten zu drapieren, um sie nach der Wahl wie ein zerschlissenes Schauspielergewand in die Ecke zu werfen“, sagte er. „Wir Kommunisten sind nicht volksfreundliche Schönschwätzer vor der Wahl, um nach der Wahl volksfeindliche Bürokraten zu werden.“ Zur Sozialpolitik erklärte Dr. Alexander u. a. „Kein Abbau, sondern Aufbau der Schulen, gesunde Wohnungen, Ausbau der Sozialpolitik, Säuglingsfürsorge auf breitester Grundlage. All das kann auch in Boizenburg mit Hilfe der Werktätigen und in ihrem Interesse durchgeführt werden, aber nicht aus ihrer Tasche.“ Zu seiner eigenen Tasche sagte er, ihm genügten 6000 Reichsmark Jahresgehalt. Den darüber hinausgehenden Betrag werde er für Erwerbslose spenden.

Doch Alexanders Programm für Boizenburg – Finanzausstattung, Arbeitsbeschaffung, Wohnungsbau, Bildung einer Arbeiter-Miliz – blieb unverwirklicht, denn sein Amtsantritt wurde verhindert. Die Stadtvertretersitzung am 23. September eröffnete deren Vorsteher Dr. Große-Freese. Der verlas eine Eingabe, die von ihm selbst und Nazis unterschrieben worden war. Die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl sei zu überprüfen. Gründe dafür wurden nicht genannt. Es ging lediglich darum, ein zuvor ausgeklügeltes Abstimmungsergebnis herbeizuführen: Mit 8 : 7 Stimmen wurde die Bürgermeisterwahl für ungültig erklärt.

Hurtig bestätigte die Landesverwaltung das „Resultat“ und ordnete überdies an, daß das alte Stadtparlament mit seinem Bürgermeister im Amt bleibe. Inzwischen hatte auch die deutsche Reichsregierung Vorsorge getroffen, ähnliche Wahlergebnisse in Städten und Gemeinden zu annullieren. Die Monopolbourgeoisie ließ durch ihre Regierung eine Notverordnung verkünden, in der bestimmt wurde, daß alle Ratsmitglieder, deren Amtszeit abgelaufen sei, „bis auf weiteres“ auf ihrem Posten zu bleiben hätten. „Mit anderen Worten: Vom Volk gewählte fortschrittliche Kandidaten sollen ihre Tätigkeit gar nicht erst beginnen können“, stellte der Autor Günter Jaffke fest.

Dr. Alexander setzte seine Arbeit in der Anwaltspraxis von Dr. Fritz Löwenthal am Berliner Lützowplatz fort und trat ausschließlich in politischen Verfahren auf. Dafür bekam er im Jahre 1931 von der Roten Hilfe insgesamt 328,40 RM Honorar. 1933 erhielt er mit der Begründung, er sei „Halbjude“, Berufsverbot. Am 22. August 1944 holte ihn die Gestapo ab. Anfang 1945 ist er in einem KZ umgekommen, vermutlich in Bergen-Belsen.

Zu DDR-Zeiten setzten die Boizenburger dem mutigen Anwalt einen Gedenkstein am Rathaus. Wenn junge Leute vom Standesamt kamen, legten sie ein Blumengebinde am Dr.-Alexander-Stein nieder. Heute steht er in einer stillen Ecke des Friedhofs. Besser im öffentlichen Gedächtnis bleibt unser Genosse mit der nach ihm benannten Dr.-Alexander-Straße im Viertel der DDR-Neubauten.

Siegfried Spantig, Hagenow